

KURSWECHSEL

DIE LINKE in den Landtag: Soziale Gerechtigkeit wählen

Schwarz-Gelb abwählen – damit die Arroganz der Macht ein Ende findet

Am 27. März schaut ganz Deutschland auf Baden-Württemberg. Die Wähler werden zum ersten Mal die Chance haben, die CDU in die Opposition zu befördern. Ein Machtwechsel in Stuttgart würde einem „politischen Erdbeben“ gleichkommen, schreibt die Stuttgarter Zeitung und folgert: „Kanzlerin Angela Merkel geriete in eine schwere Krise, und FDP-Chef Guido Westerwelle wäre endgültig reif für den Rücktritt.“ „Das wäre eine große Niederlage für die Hartz-IV-Parteien“, sagt Roland Hamm, Spitzenkandidat der LINKEN bei der Landtagswahl. Und er meint damit neben der CDU, der FDP und den Grünen auch und vor allem die SPD, die Partei, die unter Bundeskanzler Gerhard Schröder Hartz IV und die Agenda 2010 erfunden hat. Roland Hamm hat die SPD damals nach 27 Jahren aus Protest verlassen.

„Ich bin in die SPD eingetreten, weil sie für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie stand“, sagt der Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Aalen und Schwäbisch Gmünd. Doch Schröders SPD habe genau das Gegenteil gemacht. „Die oberen Einkommenschichten wurden immer reicher, die mittleren und die unteren immer ärmer.“ Und so sei es dann unter Angela Merkel weitergegangen. Hamm: „Der Aufschwung, den die Kanzlerin besingt, ist doch bei den meisten Menschen immer noch nicht angekommen.“

Rambo-Methoden

„Und in den vergangenen zwölf Monaten mussten die Baden-Württemberger noch die Rambo-Methoden von Ministerpräsident Stefan Mappus ertragen“, ergänzt Marta Aparicio, die Frau im Spitzenduo der LINKEN. Die Arroganz der Macht müsse



Baden-Württemberg muss sozialer, demokratischer und ökologischer werden

endlich ein Ende haben. Der Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten am 30. September 2010 passe nicht zu einem demokratischen Rechtsstaat, sagt die Stuttgarterin. Und mit dem milliardenschweren Kauf von EnBW-Aktien am Parlament

vorbei habe Ministerpräsident Mappus bewiesen, „dass er nicht einmal auf dem Boden unserer Verfassung steht“. Auch das Auftrittsverbot von Landtagskandidaten der LINKEN in unseren Schulen habe nichts mit Demokratie zu tun.

Der Albtraum des Stefan Mappus



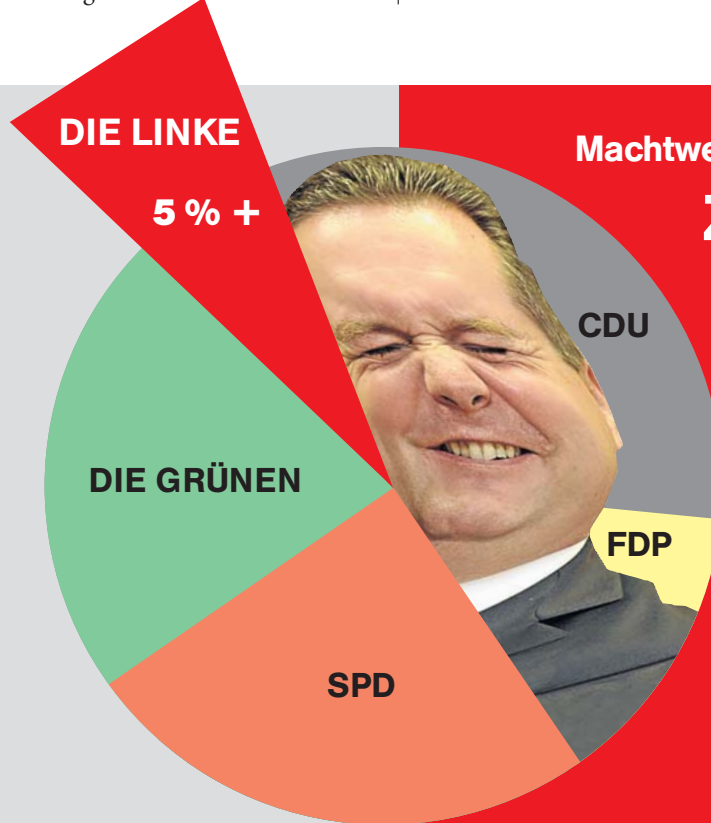
Seit Wochen träumt Stefan Mappus nur noch von einer Zahl: 4,99 Prozent. Mehr Stimmen dürfe DIE LINKE auf keinen Fall erhalten, hofft der CDU-

Mann. Sonst würde sein Albtraum Wirklichkeit: DIE LINKE erhält über fünf Prozent und zieht in den Landtag ein. Grün-Rot hätte dann – laut Umfragen – zusammen mit uns eine Mehrheit.

Wir stehen für einen echten Politikwechsel. Wählen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten.

Bernd Riexinger

Sprecher der LINKEN in Baden-Württemberg



Machtwechsel in Baden-Württemberg:

Zum Greifen nah

Nur wenn DIE LINKE in den Landtag einzieht, verliert Schwarz-Gelb die Mehrheit im Landtag.

Nur zusammen mit der LINKEN kann Grün-Rot Stefan Mappus auf die Oppositionsbank schicken.

Nur wenn DIE LINKE die Fünfprozenthürde überspringt, ist nach 57 Jahren ein Politikwechsel möglich.

Liebe Leserinnen und Leser,



die Landtagswahl am 27. März 2011 ist eine besondere Wahl. Erstmals nach über fünf Jahrzehnten haben Sie die reale Chance, die verbrauchte CDU geführte Regierung abzuwählen. Und Sie werden damit auch bundesweit ein Signal setzen. Ein Signal gegen die Arroganz der Macht. Ein Signal gegen den Afghanistan-Krieg und die Hartz-IV-Parteien. Ein Signal für mehr soziale Gerechtigkeit.

Ein Jahr Stefan Mappus ist genug. Er betreibt eine Politik der sozialen Kälte, trägt die politische Verantwortung für Polizeigewalt gegen friedliche Demonstranten und zeichnet sich durch ein mangelhaftes Demokratieverständnis aus.



Ein Politikwechsel ist aber nur möglich, wenn die CDU, die SPD, FDP und Grüne im Stuttgarter Landtag nicht unter sich bleiben.

Das ist wichtig für die Wiederherstellung des Sozialstaates und die Steuergerechtigkeit. Und das ist wichtig für unsere Demokratie, für einen Neuanfang in Baden-Württemberg. DIE LINKE in Baden-Württemberg ist eine junge und unverbrauchte Kraft. Sie wird frischen Wind in den Landtag bringen. Und sie wird das Zünglein an der Waage sein, wenn Sie als Wählerin oder Wähler dies wollen. Gehen Sie deshalb zur Wahl. Stimmen Sie für die Kandidatinnen und Kandidaten der Linken.

Ihr Gregor Gysi
Ihr Oskar Lafontaine

Wir wollen einen echten Politikwechsel

Interview mit Marta Aparicio, der Spitzenkandidatin der LINKEN für die Landtagswahl

DIE LINKE tritt zum ersten Mal bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg an. Glauben Sie, dass die Wähler Vertrauen in eine so junge Partei haben?

Marta Aparicio: Seit Jahren werden wir von einer Maultaschen-Connection regiert. Die Wähler haben längst das Vertrauen in die etablierten Parteien verloren. Ich höre immer wieder, dass viele einer jungen und unverbrauchten Kraft wie uns jetzt eine Chance geben wollen. Wir können frischen Wind in den Landtag bringen. Unser Motto heißt: sozial, auch nach der Wahl. Wir wollen einen echten Politikwechsel. Und Bürgerbewegungen wie die gegen das Milliarden-Grab Stuttgart 21 können sicher sein: Wir bleiben ein verlässlicher Partner.

Sie werfen Schwarz-Gelb Versagen in der Frauenpolitik vor.

Marta Aparicio: Die Frauen haben einiges erreicht. Doch immer noch müssen wir für Gleichberechtigung kämpfen. Gerade in Baden-Württemberg wissen viele Frauen nicht, wie sie ihre Kinder oder pflegebedürftige Angehörige betreuen lassen können. Denn wir haben zu wenige Betreuungsplätze. Familie und Beruf müssen aber endlich miteinander vereinbar werden.

Viele Frauen sind trotz Arbeit arm.

Marta Aparicio: Es gibt nach wie vor eine große Lohnlücke. Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Damit sind wir in der Europäischen Union an siebentzter Stelle. In Baden-Württemberg beträgt der Entgeltunterschied sogar 28,5 Prozent. Viele Frauen arbeiten in Teilzeit, haben nur einen sozialversicherungsfreien Minijob oder müssen als Leiharbeiterinnen von einem Job zum anderen wechseln. Ja sogar Arbeit auf Abruf wird wieder Mode. Das betrifft übrigens auch Männer. Ich kenne junge



„Auch Migranten müssen gleiche Chancen bekommen.“ Marta Aparicio

Männer und Frauen, die noch nie länger als zwei Jahre an einem Arbeitsplatz gearbeitet haben. Wie sollen junge Leute bei so viel Unsicherheit eine Familie gründen? Ich will, dass Alleinerziehende, Lohn-Aufstockerinnen, Frauen im Einzelhandel oder in der Gastronomie von ihrem Einkommen ein würdiges Leben führen können.

Oft fehlt ihnen die nötige Ausbildung.

Marta Aparicio: Das ist großteils ein Ergebnis unseres maroden Schulsystems. Bildung muss endlich für alle gebührenfrei sein. Meine Töchter studieren noch. Deshalb muss ich für beide jeweils 1.200 Euro Studiengebühren pro Jahr bezahlen. Ich kenne Eltern, die das nicht können. Deren Kinder dann nebenher so lange arbeiten müssen, dass sie das Studium nicht mehr schaffen. Ist das gerecht? Auch Migrantinnen und Migranten müssen gleiche Chancen bekommen, denn nur so erreichen sie eine gleichberechtigte Integration.

Ich habe an der Volkshochschule Programme für Jugendliche entwickelt, die den Hauptschulabschluss nachma-

chen wollen. Ich erinnere mich an eine junge Frau ohne Schulabschluss. Sie hat nur von Mini-Jobs gelebt. Doch dann hat sie bei uns angefangen. Und obwohl sie schwanger wurden, schaffte sie schließlich den Abschluss. Meine Erfahrung: Wenn man Jugendliche gut begleitet, können sie meist ihre Ziele erreichen.

„Jetzt könnt ihr es schaffen“



Noch nie war die Hoffnung, die CDU in Stuttgart von der Macht zu drängen, so groß. Jetzt könnt ihr es schaffen. Und Schwarz-Gelb in

Berlin wird nicht mehr so weiterregieren können wie bisher. Das würde auch uns als linke Abgeordnete im Bundestag bei der Opposition helfen.

Euer Ulrich Maurer

Marta Aparicio

Geboren am 5. Januar 1952 in Buenos Aires, Argentinien
Deutsche und argentinische Staatsbürgerschaft
Verheiratet, zwei erwachsene Töchter
Ab 1970 Studium der Politikwissenschaften, der Ethnologie und der romanischen Philologie in Köln
1989 für kurze Zeit Mitglied der Grünen
Seit 1994 Fachbereichsleiterin bei der Volkshochschule in Stuttgart
1992 bis 1995 Mitglied der Frauenkommission Frauenhandel des Sozialministeriums
Bis 2009 fünf Jahre lang Mitglied des Internationalen Ausschusses des Stuttgarter Gemeinderats
Bis 2009 Mitglied des Beirats für Chancengleichheit der Stadt Stuttgart
Betriebsrätin

Der Aufschwung geht an den meisten Menschen vorbei

Interview mit Roland Hamm, dem Spitzenkandidaten der LINKEN für die Landtagswahl

DIE LINKE hat bei der Bundestagswahl 2009 in Baden-Württemberg 7,2 Prozent erhalten. Wird sie das Ergebnis am 27. März wieder erreichen?

Roland Hamm: Ich traue uns ein Ergebnis zu, mit dem wir in den Landtag einziehen können. Denn die Menschen nehmen diese Wahl sehr ernst. Schließlich haben wir das erste Mal seit Jahrzehnten eine reale Chance, die inzwischen völlig verfilzte CDU aus der Regierungsverantwortung zu wählen, eine Partei, die vor allem von der Wirtschaft und Lobbyisten gesteuert wird. Die Politik hat aber den Menschen zu dienen. Sie muss die Cheftagen zügeln und sinnvolle wirtschaftliche Rahmenbedingungen festlegen. So führt die reine Exportorientierung in Baden-Württemberg schnell

DIE LINKE will eine sozialere, demokratischere und ökologischere Politik.

in die nächste Krise. DIE LINKE will einen sozialökologischen Umbau. Dazu gehört zum Beispiel der Ausbau regenerativer Energien. Kurz gesagt: Wir wollen, dass das Land sozialer, demokratischer und ökologischer wird.

Alle reden derzeit vom Aufschwung. Wird das nicht der CDU nutzen?

Roland Hamm: Der Aufschwung geht doch an den meisten Menschen vorbei, auch in einem vergleichsweise reichen Bundesland wie Baden-Württemberg. Die Armut hat auch bei uns zugenommen. Etwa jedes zehnte Kind benötigt Unterstützung nach den Hartz-IV-Regeln.

Aber in der Industrie brummt das Geschäft wieder.

Roland Hamm: Und die Leiharbeit boomt auch. Heute bekommt kaum



„Bei uns gibt es ein breites Spektrum an Kandidaten.“ Roland Hamm

mehr jemand einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Jeder vierte Beschäftigte in Baden-Württemberg hat atypische Verträge. So nennen das die Wirtschaftsforscher. Das sind mehr als eine Million Erwerbstätige, die in großer Unsicherheit leben, weil sie nur geringfügig, in Teilzeit, als Leiharbeiter oder befristet beschäftigt sind. Das wollen wir ändern. Dafür brauchen wir einen Regierungs- und einen Politikwechsel.

Es heißt, die Linke hätte gar nicht das Personal, um sich an einer Regierung beteiligen zu können.

Roland Hamm: Über eine Regierungsbeteiligung will ich nicht spekulieren. Aber wir haben hervorragende Kandidaten. Und auch sonst gibt es in unseren Reihen hoch qualifizierte Leute, Wirtschaftswissenschaftler, Professoren, Schulleiter, angesehene Juristen und so weiter. Denn ein Landesminister muss nicht unbedingt auch Abgeord-

netter sein. Doch jetzt wollen wir erst einmal unser Wahlziel erreichen.

Gäbe es genug Gemeinsamkeiten mit SPD und Grünen?

Roland Hamm: Wer die drei Wahlprogramme liest, bemerkt, dass es durchaus eine Schnittmenge gibt. Das beginnt bei A wie Atomausstieg und endet bei V wie Volksbefragung. Aber nur mit uns gibt es eine Garantie für einen wirklichen Politikwechsel.

DIE LINKE in Baden-Württemberg gilt als eine Art Gewerkschaftspartei. Kann sie damit genügend Wähler ansprechen?

Roland Hamm: Gewerkschafter haben bewiesen, dass sie sich erfolgreich für andere Menschen einsetzen können. Das ist eine Stärke, mit der wir punkten können. Doch bei uns gibt es ein breites Spektrum an Kandidatinnen und Kandidaten. Wir haben ehemalige SPD-Mitglieder, die häufig eine reichhaltige politische Erfahrung mitbringen. Denken Sie an Ulrich Maurer, der die SPD im Südwesten viele Jahre lang geführt hat und jetzt für DIE LINKE im Bundestag sitzt.

Wie sieht es in anderen Politikfeldern aus?

Roland Hamm: Zu unseren Kandidatinnen und Kandidaten gehören praktizierende Christen, Pädagogen und Professoren. Und unsere Spitzenkandidatin Marta Aparicio arbeitet als Fachbereichsleiterin bei der Volkshochschule. Bildung und individuelle Förderung für alle, das hat in der LINKEN einen großen Stellenwert. Das gleiche gilt für den Umweltschutz und für den Verkehr. Einige unserer Kandidaten stammen aus der Ökobilogische Bewegung oder waren Mitglieder der grünen Partei. Außerdem kandidieren etliche Stadt- und Kreisräte, die sich sehr gut in der Kommunalpolitik auskennen.

Vermögenssteuer einführen

DIE LINKE ist die einzige Partei in Deutschland, die für Verteilungsgerechtigkeit steht. Wir wollen, dass die Verursacher der Krise und ihre Profiteure zahlen, nicht die Mehrheit der Bevölkerung. Großkonzerne und Vermögende sollen endlich wieder mehr Steuern abführen – bei-



spielsweise durch die Erhöhung der Erbschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes.

Allein die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer von fünf Prozent – bei einem Freibetrag von einer Million Euro – würde Baden-Württemberg jährlich bis zu zehn Milliarden in die öffentlichen Kassen spülen.

Sybille Stamm
Landessprecherin der LINKEN

Roland Hamm

Geboren 11. November 1956 in Westhausen, verheiratet, zwei Kinder
Ausbildung und Tätigkeit als Industriekaufmann
Gewerkschaftsmitglied seit 1973, Jugendarbeit, dann Betriebsratsvorsitzender
Seit 1981 Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Aalen
Seit 1989 Erster IG-Metall-Bevollmächtigter in Aalen
Seit 2008 zusätzlich die gleiche Funktion bei der IG Metall Schwäbisch Gmünd
Mitglied des Verwaltungsrats der AOK Baden-Württemberg, alternierender Vorsitzender der AOK Ost-Württemberg
1976 bis 2003 SPD-Mitglied
1994 bis 2005 Gemeinderat der Stadt Aalen
2004 Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG)
Seit 2009 Gemeinderat in Aalen, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE/Pro Aalen
Aufsichtsrat der Carl Zeiss AG als Vertreter der Arbeitnehmer

Keine öffentlichen Aufträge für Abzocker

DIE LINKE lehnt Privatisierungen ab und fordert ein Tariftreuegesetz für die öffentliche Hand

Leiharbeit, Minijobs, Dumpinglöhne: Das kommt fast immer dabei heraus, wenn Kommunen ihre Müllabfuhr abschaffen oder wenn Krankenhäuser die Küche schließen. Privatfirmen machen es billiger. „Aber meistens nur, weil sie Niedriglöhne zahlen“, kritisiert Bernhard Strasdeit. Er hat die Billiglohn-Masche als Tübinger Kreisrat bekämpft. Jetzt will er dagegen im Landtag vorgehen. Der Landesgeschäftsführer der LINKEN kandidiert im Wahlkreis Tübingen.

„Die Eigentümer streichen meist hohe Gewinne ein“, sagt Strasdeit. Viele schickten ihre Leute trotzdem als „Aufstocker“ zum Jobcenter, wenn der karge Verdienst ihrer Arbeiter nicht zum Überleben reicht. Sie bekommen dann so viel Arbeitslosengeld, dass sie finanziell Hartz-IV-Empfängern gleichgestellt sind. „1,4 Millionen Aufstocker gibt es mittlerweile in Deutschland“, empört sich Strasdeit, „so darf die Zukunft unserer Jugend nicht aussehen“, sagt der Vater von drei Kindern.

Es geht auch um die Würde

Privatisierungen seien teuer, jedenfalls dann, wenn man die sozialen Folgekosten mit einrechnet. So argumentieren die LINKEN in den Gemeinderäten und Kreistagen. Sie machen sich dafür stark, Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu erhalten. Strasdeit: „Dabei geht es uns nicht nur ums Geld, son-

dern auch um Würde. Oder gehören Menschen, die Toiletten sauber machen, Müll entsorgen oder im Wald arbeiten, etwa nicht zu uns?“

Auch der Tübinger Kreistag hatte die Wahl: Er konnte den Abfall weiter von der kommunalen Müllabfuhr abholen lassen oder damit eine Privatfirma beauftragen. Die Betroffenen und ihre Gewerkschaft Verdi sprachen sich deutlich gegen eine Privatisierung aus. Die LINKEN unterstützten sie von Anfang an. Schließlich fand sich im Kreistag eine Mehrheit für die kommunale Lösung.

Landauf, landab treten DIE LINKEN in den Kommunalparlamenten für Rekommunalisierung ein – also dafür, dass die öffentliche Hand Aufgaben wie die Wasser- oder Energieversorgung wieder selbst übernimmt. „Und wenn die Kommunen oder das Land Aufträge vergeben, dann müssen die Firmen ordentliche Löhne zahlen“, findet Strasdeit. Neben einem gesetzlichen Mindestlohn fordert DIE LINKE ein Tariftreuegesetz: Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifstandards einhalten. Abzockerfirmen erhalten keine mehr. Städte und Gemeinden brauchen aber auch Geld für Kindertagesstätten und Schulsozialarbeit. Sie müssen Schlaglöcher stopfen oder Schülerfahrkarten bezahlen. Deshalb, so Strasdeit, müsse



Privatisierung verhindert:
Bernhard Strasdeit im Gespräch mit dem Tübinger Müllwerker Jean Dieux

sich Baden-Württemberg beim Bund für eine Millionärssteuer starkmachen. „Nur Reiche können sich arme Kommunen leisten“, sagt der Tübinger. Als Abgeordneter würde er sich vor allem für die Bekämpfung von Armut und für die Kommunen einsetzen. Er würde gegen die von der FDP geforderte Privatisierung der Unikliniken angehen und versuchen, vereinfachte Bürgerentscheide und direkt gewählte Landräte durchzusetzen.

DIE LINKE im Internet

Auf unserer Internetseite finden Sie Angaben zu den Kandidatinnen und Kandidaten, das Wahlprogramm sowie die Wahlprospekte zum Herunterladen. Sie können aktuelle Meldungen und Videos, das Presseecho und Wahlkampftermine abrufen.

www.dielinke-in-den-landtag.de

- Ich möchte gerne mehr Informationen über DIE LINKE.
- Bitte schicken Sie mir das Wahlprogramm.
- Ich möchte DIE LINKE im Wahlkampf unterstützen.
- Ich will Mitglied werden.

Familiename, Vorname

Straße, Hausnummer

E-Mail und/oder Telefonnummer

Bitte senden an:

DIE LINKE. Baden-Württemberg

Marienstraße 3A

70178 Stuttgart

info@die-linke-bw.de

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Mappus grenzt die Linken aus

Ein grober Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz

Demokratie à la Stefan Mappus: CDU, SPD, FDP und Grüne – der Rest muss bei Podiumsdiskussionen zur Landtagswahl an Schulen draußen bleiben. So verlangt es Marion Schick, die neue Kultusministerin von Stefan Mappus. Ob in Tübingen, Reutlingen, Göppingen, Markgröningen, Freudenstadt, Lahr, Wangen oder Sinsheim, überall haben die Kandidaten der LINKEN Auftrittsverbot bekommen. Dabei ist die Partei 2009 in den Bundestag mit zwölf Prozent der Stimmen gewählt worden; in Baden-Württemberg bekam sie sieben Prozent.

Beispiel Tübingen: Die Schülermitverantwortung (SMV) des Kepler-Gymnasiums hatte zu ihrem Wahlpodium auch Bernhard Strasdeit, den Kandidaten der Linken und den Bewerber der Piratenpartei eingeladen. Einen Tag vor der Veranstaltung hat das Kultus-

ministerium die Teilnahme der Kandidaten der Piratenpartei und der Linken verboten. Bernhard Strasdeit protestierte gegen „den massiven Eingriff in die demokratischen Grundrechte und die Bevormundung der SMV“.

Ähnliche Lage in Wangen im Allgäu, wo die Kaufmännische Schule Reinhard Gumz ausladen musste. Dies sei ein eklatanter Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, sagte der Landtagskandidat. Offenkundig habe Mappus Angst, dass die LINKEN in den Landtag einziehen wird.

Doch die Schüler des Kepler-Gymnasiums hatten Glück. Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer erklärte die Kandidatenrunde im städtischen Schulgebäude kurzerhand zur Veranstaltung der Stadt. Er ließ alle Kandidaten zu, die die Schüler eingeladen hatten.

Gute Bildung heißt fördern statt ausgrenzen

Landtagskandidat Roland Schuster: Arbeiterkinder werden in der Schule benachteiligt

In welchem Land leben wir“, fragt Jutta Graf-Baier, „dass eine so erfolgreiche Schule wie die Integrierte Gesamtschule Mannheim-Herzogenried nicht als Regelschultyp zugelassen wird“? Seit über 35 Jahren führt sie Schülerinnen und Schüler erfolgreich zu den unterschiedlichen Abschlüssen. Auch viele Schüler ohne Gymnasialempfehlung schaffen an der Gesamtschule das Abitur.

„Die Jugendlichen kommen häufig aus Familien, die ihre Kinder schulisch nicht genug unterstützen können“, sagt Jutta Graf-Baier. Die Kandidatin des Wahlkreises Mannheim II, die viele Jahre stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats beim Mannheimer Zeitungsverlag war, weiß, wovon sie spricht. Sie hat selbst einen Hauptschulab-

Die Landesregierung blockiert das Gesamtschulprojekt.

schluss. Und sie bedauert noch heute, dass sie ihre beiden Kinder nicht auf die Mannheimer Gesamtschule schicken konnte, weil die Familie früher in Ladenburg wohnte.

Drei Jahre besuchen die Schülerinnen und Schüler der Mannheimer Gesamtschule die integrierte Orientierungs-

stufe. Erst nach der siebten Klasse entscheiden sie sich für eine bestimmte Schullaufbahn. Die Schule ist bei Eltern und Schülern äußerst beliebt. Die Anmeldequoten liegen um 100 Prozent über der Aufnahmekapazität. Deswegen hat der Gemeinderat die Errichtung einer zweiten Gesamtschule im Mannheimer Süden beschlossen. Doch die Stuttgarter Landesregierung

blockiert das Projekt, wo sie nur kann. „Frühzeitige Selektierung der Kinder nach Klasse vier ist für die CDU eine Heilige Kuh“, kritisiert Roland Schuster, der zweite Mannheimer Landtagskandidat der Linken. „Quer durch alle Studien“, so der Bombardier-Betriebsrat, „ist erwiesen: Arbeiterkinder werden benachteiligt“.

„Die Mannheimer Gesamtschule zeigt,



In welchem Land leben wir? Jutta Graf-Baier und Roland Schuster



Schulleiter Erhard Korn an der Kletterwand

dass längeres gemeinsames Lernen der richtige Weg ist“, bestätigt Erhard Korn, der Leiter der Blankensteinschule in Steinheim an der Murr. Dabei sei die Mannheimer Gesamtschule nicht einmal das Schulmodell, das DIE LINKE fordert, ergänzt Korn, der Mitglied der LINKEN ist. Das Kapitel Bildungspolitik im Wahlprogramm der LINKEN stammt zum Großteil aus seiner Feder. Er ist Landesvorsitzender der Fachgruppe Hauptschulen bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

„Gute Bildung heißt fördern statt ausgrenzen“, sagt Jutta Graf-Baier. Und sie hofft, dass ihr Enkelkind und alle anderen Kinder Baden-Württembergs bald eine moderne Gemeinschaftsschule besuchen können.

Die Gesundheitsreform führt zu weiterem Sozialabbau

Der Freiburger Medizin-Professor Lothar Schuchmann fordert eine Bürgerversicherung

Wenn Lothar Schuchmann über Gesundheitspolitik spricht, denkt er in erster Linie an seine früheren kleinen Patienten. Als langjähriger Kinderarzt im Freiburger Stadtteil Landwasser, einem sozialen Brennpunkt, musste er sich häufig mit den gesundheitlichen und bildungsrelevanten Folgen von Armut und sozialer Ausgrenzung befassen. „Kinderarmut in unserem reichen Land ist nicht naturwüchsig, sie war und ist politisch gewollt“, sagt der emeritierte Universitätsprofessor, der für DIE LINKE im Wahlkreis Freiburg II kandidiert.

„Wer Hartz IV wollte und will, dem sind Zukunft und Lebensperspektiven von Millionen armer Kinder und Jugendlicher gleichgültig.“ Die jüngste Gesundheitsreform von Gesundheitsminister Philipp Rösler führe dazu, dass der Sozialabbau weitergeht. Schuch-



Kinderarzt Prof. Lothar Schuchmann

mann: „Nutznießer sind derzeit die Pharmaindustrie und private Krankenversicherungen.“ Das Einfrieren des Arbeitgeberanteiles auf 7,2 Prozent sei vollkommen inakzeptabel. Damit müssten die Versicherten jede Kostensteigerung künftig allein übernehmen.

Der Freiburger Kinderarzt fordert die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung: Jeder müsse einzahlen, und zwar abhängig von seinem Einkommen. Dazu gehörten auch die Kapitaleinkünfte. So lasse sich der Beitragssatz senken und die unsozialen Zuzahlungen und Zusatzbeiträge könnten abgeschafft werden.

Jetzt hofft Lothar Schuchmann, dass die Landtagswahlen in Baden-Württemberg eine Trendwende in ganz Deutschland einleiten, „damit wir dann auch in Berlin endlich eine andere Politik bekommen“.

Investitionsprogramm und Zukunftsfonds

In der Krise hat sich gezeigt, wie anfällig die exportorientierte baden-württembergische Wirtschaft ist. Um Arbeitsplätze, Lebensqualität und die Umwelt zu sichern, ist ein sozialökologischer Umbau erforderlich. Dazu will DIE LINKE ein Investitionsprogramm auflegen sowie einen Zukunftsfonds einrichten.

Umweltschützer loben DIE LINKE

Baden-Württemberg hätte seit der Übernahme von 45 Prozent der EnBW-Aktien die Möglichkeit, schnell aus der Atomkraft auszusteigen. Dies ist die Forderung der LINKEN. Die Partei steht nach einer Auswertung der Wahlprogramme aller Parteien den Zielen des Bundes für Umwelt- und Naturschutz und des Naturschutzbundes zusammen mit den Grünen am nächsten. So die Vorsitzenden der beiden Organisationen.

DIE LINKE in Südbaden

DIE LINKE. Baden-Württemberg tritt in allen 14 Wahlkreisen des Regierungsbezirks Freiburg (Südbaden) an. Im Gegensatz zu anderen Parteien erhält sie keine Spenden aus Konzernetagen. So hat Schraubenkönig Adolf Würth die CDU mit 100 000 Euro bedacht.

Der Arbeitgeberverband Südwestmetall hat der Mappus-Partei 200 000 Euro und der FDP 75 000 Euro überwiesen. Dieter Zetsche, Daimler-Chef und ein bekennender Stuttgart-21-Befürworter,

hat sich diesmal gleich doppelt abgesichert. Er überwies der Christdemokraten und den Sozialdemokraten jeweils 150 000 Euro.

**Unterstützen Sie den Wahlkampf der LINKEN:
DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart
BLZ 600 100 70 · Konto 289 582 700
Spenden sind steuerlich absetzbar, für eine
Bescheinigung bitte Name und Adresse angeben.**



Freiburg I
Dr. Armin Wolff (42)
Biologe



Freiburg II
Prof. Dr. Lothar Schuchmann (70)
Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin, Gemeinderat in Freiburg



Breisgau
Hanspeter Egel-Fischer (69)
Dramaturg



Emmendingen
Monika Strub (35)
Fotografin



Lahr
Lukas Obwald (44)
Forstwirtschaftsmeister



Offenburg
Reinhard Bross (57)
Kunstimporteur, Kreisrat im Ortenau-Kreis



Kehl
Esther Broß (35)
Schreinerin/Kulturwissenschaftlerin



Rottweil
Franz Josef Senge-Kolb (64)
Theologe und Lehrer



Villingen-Schwenningen
Tobias Stützer (29)
Drucker, derzeit in einem Transportunternehmen tätig



Tuttlingen
Hans-Ulrich Bünger (70)
Diplom-Sozialwirt



Konstanz
Bernhard Hanke (57)
Feinmechaniker, DGB-Angestellter



Singen
Michael Krause (31)
Industriekaufmann, Kreisrat im Kreis Konstanz



Lörrach
Günter Gent (64)
Betriebswirt



Waldshut
Jörg-Uwe Sanio (55)
Selbstständiger Kaufmann

Wir wollen ein gerechtes Steuersystem

Der Biologe Dr. Armin Wolff warnt vor einem weiteren Auseinanderfallen unserer Gesellschaft

Ein zynischer Zeitgeist, der Menschen immer mehr zur Ware macht, brachte Dr. Armin Wolff zur Politik. Im Landtag würde der Kandidat des Wahlkreises Freiburg I als Erstes für ein „gerechtes, einheitliches Steuersystem nach solidarischen Prinzipien“ eintreten. Menschen mit großen Vermögen und hohen Einkommen müssten einen größeren Beitrag leisten. Steuerhinterziehung dürfe nicht länger als chic gelten. Wolff will den Trend stoppen, dass die Gesellschaft immer weiter auseinanderfällt: „Sonst lebt eines Tages die Oberschicht hinter Stacheldraht und die Unterschicht in Slums.“ In der Politik ist der 42-jährige Biologe ein Spätberufener. Lange beschränkte er sich darauf, auf dem Wahlzettel sein Kreuzchen zu machen. Doch heute sagt er: „Die Leute müssen sich mehr wehren und einmischen.“ Als Schüler arbeitete der gebürtige

Freiburger beim Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) mit und baute Krötenzäune. Nach dem Wehrdienst studierte er an der Albert-Ludwigs-Universität und schrieb seine Doktorarbeit über ein Thema aus der Krebs-Grundlagenforschung.

Der Mensch im Abseits

Mit der Zeit verdichtete sich bei ihm der Eindruck, dass die Politik immer technokratischer und der Mensch dabei immer unwichtiger wird. „Man wird aus zwanzig Richtungen mit derselben neoliberalen Einheitsmeinung bombardiert“, beschreibt Wolff die herrschende Meinung während der vergangenen Jahrzehnte. Doch Politik sei „eine Sache von Kompromissen. Und die kommen nur zustande, wenn es gegensätzliche Positionen gibt.“ Als Entwicklungsleiter einer börsennotierten Biotech-Firma hatte er „ei-



Beim Plakatieren. Der Freiburger Kandidat Dr. Armin Wolff

nen Logenplatz zum Thema Wirtschaftsidiotie“. Er trat in die Gewerkschaft ein, gründete einen Betriebsrat und war dessen Vorsitzender, bis das Unternehmen nach dem Platzen der New-Economy-Blase Insolvenz anmeldete. Anschließend war er zehn Monate arbeitslos.

Als er eine neue Stelle fand, musste er längere Arbeitszeiten und weniger Gehalt akzeptieren. Wolff kritisiert eine Arbeitswelt, „in der etwa zehn Prozent der Menschen angeblich nicht mehr gebraucht werden, die anderen aber oft mehr arbeiten müssen als in früheren Zeiten.“

Heute ist der Biologe Herstellungsleiter bei einer kleinen Freiburger Biotech-Firma. Wolff: „Vielleicht bin ich als Chef von zirka zehn Mitarbeitern kein klassischer Linker. Aber es sind sowieso viel zu viele Klischees über uns im Umlauf.“

Bürger müssen bei Großprojekten das letzte Wort haben

Interview mit Albrecht Künstle von der Bürgerinitiative „Bürgerprotest Bahn“ in Herbolzheim-Kenzingen



Protest gegen die Pläne der Bahn AG in Herbolzheim. Albert Künstle mit Schilbmütze am Rednerpult

Im Januar hat das Regierungspräsidium Freiburg die Planung der Deutschen Bahn AG bei Offenburg als fehlerhaft, unvollständig und teilweise rechtswidrig zurückgewiesen. Fragen an Albrecht Künstle, Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative „Bürgerprotest Bahn“ in Herbolzheim-Kenzingen.

DIE LINKE will Stuttgart 21 verhindern. Haben euch die Massenproteste gegen S21 auch in Südbaden geholfen? Eindeutig ja. Bahn-Chef Rüdiger Grube hat erklärt, dass er kein zweites Stuttgart 21 will. Doch obwohl er betont hat, man könne nicht gegen Hunderttausende von Menschen bauen, will er mit dem Verweis auf „Recht und Gesetz“ an der Bahnplanung festhalten.

Im Wahlprogramm der LINKEN heißt es, der Schienenverkehr müsse gegenüber der Straße gestärkt werden. Das ist völlig richtig – aus ökologischen, aber auch aus wirtschaftlichen

Gründen. Denn der Transport von Gütern auf der Schiene ist über lange Strecken weniger aufwendig. Grundsätzlich sollten wir aber endlich damit beginnen, den Verkehr einzudämmen. Es macht keinen Sinn, Mineralwasser hunderte Kilometer hin- und herzuführen, obwohl es überall Wasser gibt. Ich plädiere deshalb für eine Regionalisierung der Märkte. Da bin ich ganz auf der Seite von Sabine Leidig, der verkehrspolitischen Sprecherin der LINKEN im Bundestag.

Die Schweiz hat 2010 den Durchstich des neuen Gotthardtunnels geschafft und will ihn 2017 eröffnen, die Zuführung aus dem Norden wird vermutlich bis dahin nicht fertig sein.

Fertig ist lediglich der Katzbergtunnel kurz vor Weil am Rhein. Die Oberreintasse wird damit zum Nadelöhr der Nord-Süd-Verbindung von Rotterdam zum Mittelmeer. An der Strecke von Offenburg bis Basel gibt es über 170 000 Einwendungen. Das Regierungspräsidium Freiburg hat die DB-Planung bei Offenburg als fehlerhaft, unvollständig und teilweise rechtswidrig zurückgewiesen. Nicht anders ist es südlich von Offenburg. Der Zeitplan kann umso besser eingehalten werden, je schneller die Deutsche Bahn AG umplant. Ohne unser Alternativkonzept BADEN 21, das die Interessensgemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hochrhein (IG BOHR) vorgelegt

hat, wird nicht gebaut. Das haben wir uns geschworen.

Was fordert ihr von Rüdiger Grube? Der Bund und die Bahn AG müssen mehr Geld für einen sinnvollen Aus- und Neubau des Schienenverkehrs in die Hand nehmen. 1,2 Milliarden Euro pro Jahr für das bundesweite Schienennetz sind lächerlich. Deutschland ist Schlusslicht in Europa. Und Grube soll unsere Einwände ernsthaft prüfen. Für Herbolzheim plant die Bahn auf dem bis zu drei Meter hohen Bahndamm Lärmschutzwände. Die müssten fünf Meter hoch werden und würden die Giebel der angrenzenden Häuser überragen. Solche Schandmauern werden wir nicht hinnehmen. Und wir lassen nicht tausende Menschen hinter Lärmschutzfenstern einsperren.

In Stuttgart wird eine Bürgerbefragung zu Stuttgart 21 gefordert. Auch die LINKE unterstützt das. Stuttgart 21 war ein großer Fehler. Eine Bürgerbefragung wäre sicher der richtige Weg. Die Bürger müssen bei Großprojekten das letzte Wort haben. Künftig müssen wir den Bürgern in den Raumordnungsverfahren mehr Beteiligung einräumen. Dies könnte eine neue rot-rot-grüne Regierung durchsetzen. Politiker, die den Bürgern nicht trauen, denen ist selbst nicht zu trauen. Ihnen ist deshalb bei der Landtagswahl das Vertrauen zu entziehen.

Aus der Krise nichts gelernt

Die Wirtschaft jubelt über den Aufschwung. Doch immer mehr Menschen müssen von ungesicherten Jobs leben. Die Hartzgesetze führten zur Zerstörung der Existenz ganzer Familien. Verantwortlich dafür sind die SPD, die Grünen, die CDU und die FDP gemeinsam. Deshalb fordert DIE LINKE: Weg mit Hartz IV!

Die herrschenden Parteien haben aus der Krise der vergangenen Jahre nichts gelernt. Die Regierung von Angela Merkel weigert sich, die Banken an die Kette zu legen. So wird der nächste Finanzcrash vorbereitet. Wir brauchen eine gerechtere Wirtschaftsordnung und die Wiederherstellung des Sozialstaates.

Bernhard Henke
DGB-Angestellter und Landtagskandidat im Wahlkreis Konstanz

Keine Privatisierung der Unikliniken

Die FDP fordert die Privatisierung der Unikliniken. Wir lehnen dies prinzipiell ab, denn Gesundheit darf keine Ware werden. Wir dürfen sie nicht von Börsenspekulanten abhängig machen. Die über 10 000 Beschäftigten bei der Freiburger Uniklinik leisten gute Arbeit. Dies ist nur unter akzeptablen Arbeitsbedingungen und angemessener Bezahlung möglich.

Professor Dr. Lothar Schuchmann
Landtagskandidat im Wahlkreis Freiburg II

Impressum

KURSWECHSEL

Ausgabe Südbaden
(Regierungsbezirk Freiburg)

Nr. 3, März 2011
Herausgeber: DIE LINKE. Baden-Württemberg
Marienstraße 3A, 70178 Stuttgart
0711 / 24 10 45
info@die-linke-bw.de

Verantwortlich: Bernhard Strasdeit

Fotos: Rita Eggstein, Anne Faden, Frank Hoppe, Daniel Kopatsch (dapd), Marijan Murat (dpa), Friedrun Reinhold, Winfried Rothermel (dapd), Claudia Schäfer, Frank Schwarz, Martin Storz, privat, Dig/Trialon, Archiv DIE LINKE

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Internetauftritt der LINKEN
zu den Landtagswahlen
www.dielinke-in-den-landtag.de

Albert Künstle ist Mitglied der LINKEN. Er war vor fünf Jahren Mitbegründer der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) im Kreisverband Emmendingen, die später in der Partei DIE LINKE aufging. Er ist Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und stellvertretender Bezirksvorsitzender der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB).

Die Betreiber von Stuttgart 21 tricksen und manipulieren

Interview mit Stadtrat Hannes Rockenbauch vom Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 und dem Parkschützer Matthias von Herrmann

Welchen Stellenwert hat die Wahl am 27. März für den Kampf gegen Stuttgart 21?

Matthias von Herrmann: Wenn die Bürger es schaffen, Schwarz-Gelb abzuwählen, ist dies ein wichtiger Meilenstein. Statt das Geld in ein unsinniges Milliarden-Projekt zu stecken, muss es das Land für eigene Aufgaben ausgeben, allem voran für mehr Lehrer und bessere Studienbedingungen.

Hannes Rockenbauch: Noch nie hatten wir vor einer Wahl eine so starke und gut vernetzte Bürgerbewegung. Wir haben in fast allen Wahlkreisen Aktionsbündnisse. Und zum ersten Mal seit 57 Jahren besteht die Möglichkeit, den schwarzen Filz abzuwählen. Aber wir haben noch verdammt viel Arbeit vor uns. Wir müssen auch die Unentschlossenen und die Wechselwähler erreichen. Denn die beiden Parteien, die Stuttgart 21 ablehnen, sollten ein möglichst hohes Ergebnis bekommen. Wichtig ist, die Linke muss unbedingt die Fünfprozenthürde überspringen.

Matthias von Herrmann: Ich habe den Eindruck, dass auch immer mehr Menschen auf dem Land bewusst wird, welche Nachteile Stuttgart 21 für sie bringen würde: Der ohnehin vernachlässigte Regionalverkehr würde nicht verbessert – im Gegenteil.

Ist der Kampf gegen Stuttgart 21 auch ein Kampf für mehr Demokratie?

Hannes Rockenbauch: Die Demokratiefrage ist die Klammer aller unserer Bündnisse. Die Leute wollen ihre Zukunft selbst gestalten.

Matthias von Herrmann: Die Menschen haben gesehen, dass sie nicht ernst genommen werden, dass die Betreiber von Stuttgart 21 tricksen, manipulieren oder wichtige Unterlagen verheimlichen.

Ruft ihr zur Wahl bestimmte Kandidaten auf?

Hannes Rockenbauch: Nein. Unser Motto heißt: Tunnel-Parteien abwählen, also diejenigen, die den Bahnhof unter die Erde bringen wollen. Und unser Ziel ist, die schwarz-gelbe Prügel-Regierung loszuwerden.

Was macht ihr nach der Wahl?

Matthias von Herrmann: Egal wer mit wem koalieren wird, wir machen weiter, bis das Milliarden-Projekt beendet ist. Und wir werden Aktionen organisieren, um auf die kommenden



Vermittler Heiner Geißler und Hannes Rockenbauch vom Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21



„Wir machen weiter.“ Parkschützer Matthias von Herrmann

Koalitionsverhandlungen Einfluss zu nehmen. Denn manche befürchten, dass man die Grünen zum Jagen tragen muss. Wir werden keine Kompromisse akzeptieren.

Hannes Rockenbauch: In die Falle von Angela Merkel werden wir nicht laufen. Sie sieht in der Landtagswahl einen Volksentscheid und hofft, dass wir

danach wieder zur Tagesordnung übergehen. Wir verlangen eine echte Bürgerbefragung der betroffenen Menschen in der Region Stuttgart. Und wenn im Schlosspark trotzdem erneut Bäume gefällt werden oder die Abrissbagger zum Südflügel des Hauptbahnhofs kommen, dann werden wir friedlich und fantasievoll Widerstand leisten.

Sybille Stamm, die Sprecherin der LINKEN in Baden-Württemberg, und die kaufmännische Angestellte **Liane Krusche** sind die Vertreterinnen der LINKEN im Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21. Dem Bündnis gehören der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), die Parkschützer und sechs weitere Stuttgarter Bürgerinitiativen an sowie drei politische Parteien: die Grünen, das parteifreie Bündnis „Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)“ und DIE LINKE. Sybille Stamm war lange Jahre Verdi-Chefin in Baden-Württemberg.

Hannes Rockenbauch ist eines der bekanntesten Gesichter der Bewegung gegen Stuttgart 21. Er hat schon vor 15 Jahren Unterschriften gegen das Milliarden-Projekt gesammelt. Rockenbauch gehörte bei der Geißler-Runde im Stuttgarter Rathaus zu den Sprechern der Projektgegner. Im Stuttgarter Gemeinderat leitet er die Fraktion SÖS/DIE LINKE.

Matthias von Herrmann ist Sprecher der Parkschützer. Früher hat der Politologe für Greenpeace Pressearbeit gemacht.

Die Internetseite der LINKEN zu Stuttgart 21:
www.Stuttgart21-stoppen.de